

Joachim Stiller

Die Bunten
Parteiprogramm

Alle Rechte vorbehalten

Die Bunten sind eine Partei, die es zunächst nur auf dem Papier gibt. Wichtig war hier nur, einmal exemplarisch ein wirkliches alternatives Parteiprogramm zu schreiben, dass den Namen auch verdient. Viel Heilsames könnte davon für die üblichen politischen Parteien und die Gesellschaft ausgehen, wenn man dieses Parteiprogramm ganz vorurteilsfrei als eine Anregung nimmt und als Inspirationsquell für die eigene politische Arbeit.

Parteiprogramm der Partei "Die Bunten" (14. Fassung)



Präambel

Die Partei "Die Bunten" bekennt sich uneingeschränkt zu den Menschenrechten der Vereinten Nationen (UN) und zur Charter der Grundrechte der Europäischen Union (EU)

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten geboren. Sie sollen sich im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

1. Frieden

1.1 Die Bunten sind grundsätzlich eine Partei des Friedens und der Gewalt- und Waffenlosigkeit. Und trotzdem können Kriege im Extremfall das kleinere Übel sein. Darüber können aber ausschließlich die Vereinten Nationen befinden, aber bestimmt nicht die Amerikaner alleine.

1.2 Sofortige und bedingungslose Auflösung der NATO als nicht mehr zeitgemäße Organisation. Alle diesbszüglichen Bestrebungen der amerikanischen Administration sind hier unbedingt zu befürworten und zu unterstützen.

2. Umwelt- und Naturschutz

2.1 Sofortiger Umstieg auf erneuerbare Energie in allen Bereichen als Punkt 1.

2.2 Sofortige ächtung jeglicher Form von Geoengineering weltweit.

2.3 Nachhaltige Entfernung aller Plastikabfälle aus den Ozeanen und Weltmeeren. Hier besteht aller größter Handlungsbedarf, damit sich nicht erst größere Mengen von Nannopartikeln bilden können, die sich nie wieder aus den Weltmeeren entfernen lassen. Sie würden schnell über die Nahrungskette in einen Kreislauf zwischen Mensch, Natur und Umwelt gelangen, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Gesundheit der Menschen und der Tiere.

2.4 Vollständiger Umstieg auf ökologische Landwirtschaft in ganz großem Stil.

2.5 Festlegung strikter Fischfangquoten und stiktes Fang- und Abschussverbot für ausnahmslos alle Meeresäueger.

2.6 Sofortiges Verbot aller gentechnischen Verfahren zur Veränderung jedweden genetischen Materials auf diesem Planeten. Gentechnische Verfahren zur Herstellung von hochwirksamen Arzneimitteln, wie etwa Impfstoffen oder Mitteln zur Behandlung von Aids usw. die nur durch gentechnische Verfahren hergestellt werden können, sind davon ausgenommen.

3. Wirtschafts- und Finanzpolitik

3.1 Wirtschaft und Finanzen

3.1.1 Für die Wirtschafts- und Finanzpolitik gilt das sogenannte „Geldmanifest“ (siehe Anhang), und zwar uneingeschränkt.

3.2. Abgaben und Steuern

3.2.1 Umstieg vor allem auf direkte Steuern, also der Lohn-, Einkommens- und Unternehmenssteuern, die auf Dauer durch eine Maschinensteuer für Roboter und Androide zu ersetzen ist.

3.2.2 Der Spitzensteuersatz ist wieder leicht zu erhöhen. Veranschlagt werden im Höchstfall 49% des realen Einkommens der Unternehmer.

3.2.3 Von kommunalen Abgaben, der Mehrwertsteuer, der KFZ-Steuer der Benzin- und Flugbenzinsteuer, und der jetzt zeitnah einzuführenden CO₂-Steuer abgesehen, sind ausnahmslos alle Sondersteuern abzuschaffen.

3.2.4 Die Flugbenzinsteuer ist drastisch zu erhöhen. Flüge durch halb Europa, und das praktisch zum Nulltarif, sind heute nicht mehr tragbar. Der nationale Flugverkehr ist komplett einzustellen.

3.2.5 Eine einheitliche Finanztransaktionssteuer wurde im Geldmanifest bereits fest verankert. Daher hier nur noch der grundsätzliche Hinweis auf diese ausgesprochen wichtige Steuer, die in Europa gegenwärtig von ganz großer Aktualität ist. Die

Einnahmen innerhalb Europas, die vollständig der EU zukommen sollen, sollen einmal einen wirklichen europäischen Haushalt und eine wirkliche europäische Haushaltspolitik ermöglichen.

3.3. Arbeitsmarktpolitik

Die Vierte Industrielle Revolution hat begonnen, und der technische Fortschritt wird Millionen Arbeitsplätze kosten. Die einzige Möglichkeit, dem wirksam zu begegnen, ist das Mittel der Arbeitszeitverkürzung. Unsere arbeitsmarktpolitische Forderung lautet daher "Arbeitszeitverkürzung 'statt' Lohnerhöhung, und zwar in Höhe des sich zwangsläufig einstellenden tatsächlichen Rationalisierungseffektes".

4. Sozialpolitik

4.1. Soziale Grundsicherung

Die soziale Grundsicherung ist generell drastisch zu erhöhen. Das beinhaltet praktisch alle heute noch so genannten Harz-IV-Sätze. Gegenwärtig wären etwa in Deutschland mindestens 500,- Euro erforderlich, um ein einigermaßen menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

4.2. Rente

In der Frage der Renten haben die Bunten keinerlei Präferenz. Wir würden uns aber jeder Zeit Vorschläge anderer Parteien kritisch ansehen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge machen.

4.3. Elterngeld

In der Frage des Elterngeldes behalten sich die Bunten vor, statt eines bestimmten Prozentsatzes des letzte Einkommens eine Pro-Kopf-Pauschale zu fordern.

5. Gesundheitswesen und Gesundheitspolitik

5.1. Die Zwei-Klassen-Medizin ist umgehend abzuschaffen.

5.2. Die Bunten sind Befürworter der Integrativen Medizin, und setzen sich nachdrücklich für Ihre Verbreitung und Durchsetzung ein.

6. Staat und Demokratie

6.1. Die Gewaltenteilung ist strikt einzuhalten und da umzusetzen, wo dies noch nicht in vollem Umfang der Fall ist, wie zum Beispiel auf europäischer Ebene.

6.2. Die Bunten setzen sich nachdrückliche für die Direkte Demokratie ein, und zwar auf allen Ebenen. Entsprechende Konzepte liegen vor. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden.

6.3. Es kann keine rechtsfreien Räume mehr geben. Das kann sich die Menschheit heute einfach nicht mehr leisten. Alle noch verbliebenen rechtsfreien Räume, auch die Polarregionen, sind entsprechend durch Gesetze zu schützen.

7. Recht

7.1. Wir brauchen dringend ein hablöffentliches Recht.

8. Bildung und Bildungspolitik

8.1. Es gilt grundsätzlich Lehrmittelfreiheit.

8.2. Jeder muss grundsätzlich eine vollständig staatsfinanzierte Schule gründen können, wenn das pädagogische Konzept politisch gewollt und/oder aner kennenswert ist.

8.3. Jeder muss grundsätzlich eine vollständig staatsfinanzierte Hochschule gründen können, wenn das Bildungskonzept politisch gewollt und/oder aner kennenswert ist.

8.4. Zwei Prinzipien sind für alle Schulen grundsätzlich verbindlich: die Koedukation, also die gemischtgeschlechtliche Erziehung und die Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen.

8.5. Langfristiges Ziel muss die konsequente Abschaffung aller Noten in den Schulen sein, von der jeweils letzten Klasse jeder Grundschule oder der beiden Sekundarstufen einmal abgesehen.

9. Internet

9.1. Jeder muss grundsätzlich ein vollständig staatsfinanziertes Wiki gründen können, wenn das Inhaltsthema politisch gewollt und/oder anerkannteswert ist.

9.2. Ausnahmslos alle Suchmaschinen im Netz sind grundsätzlich dazu zu verpflichten, alle von ihnen registerierte Seiten auch vollständig anzuzeigen, und nicht nur die ersten 10 bis 20 Seiten. Diese heute noch übliche Praxis öffnet einer breiten Internetzensur praktisch Tür und Tor.

9.3. Das sogenannt "Darknet" ist umgehend zu verbieten und abzuschaffen. Es kann keine rechtsfreien Räume mehr geben. Das kann sich die Menschheit heute einfach nicht mehr leisten.

Joachim Stiller, 2019

Das Geldmanifest

1. Das heutige Giralgeld als reines Schuldgeld hat sich entwickelt aus dem Naturalgeld, dem Münzgeld und dem Papiergeld (mit

Golddeckung). Jedem Euro, der in Umlauf ist, steht genau ein Euro an Schulden gegenüber. Damit die Schulden aber nicht auf einzelne Menschen oder Unternehmen abgewälzt werden, sollte man die Möglichkeit, Schulden anzuhäufen, grundsätzlich verstaatlichen. Das Problem sind aber die Zinsen, die der Staat auf die Schulden zu entrichten hat. Darum sollte die Zentralbank den Einzelstaaten die Kreditmittel für ihre - natürlich streng zu begrenzende - Neuverschuldung grundsätzlich zinslos zur Verfügung stellen. Ein solches System würde die Europäische Schuldenkrise über Nacht lösen. Dieses System wird übrigens „Vollgeldsystem“ genannt. Es könnte schon bald in der Schweiz Wirklichkeit werden (siehe „Vollgeldinitiative“, aber auf gar keinen Fall die „Monetative“. Das ist nur die ahrimanische Gegenbewegung!!!).

2. Wirtschaftskrisen sind hausgemacht. Sie resultieren aus einer falschen bzw. falsch verstandenen Zinspolitik. Grundsätzlich hat sich der Zins (Leitzins) an dem Verhältnis von Sparguthaben und Darlehen zu orientieren. Der tatsächliche Zins ist dann der natürlich Zins oder auch Gleichgewichtszins. Würden die Zentralbanken ihre Zinspolitik am Gleichgewichtszins orientieren, würde es nie wieder Wirtschaftskrisen geben. Das Problem verschwindet so still und leise, wie es gekommen ist. Ich betone ausdrücklich, dass diese Orientierung an einem Gleichgewichtszins nichts, aber auch rein gar nichts, mit dem heute so genannten Gesellschen bzw. Federschen „Fließgeld“ zu tun hat. Ich bin ein absoluter Verächter des Fließgeldes, wie es etwa von der „Wissensmanufaktur“ gefordert wird.

3. Weltweite Finanzkrisen wird es immer geben und dagegen ist kein Kraut gewachsen. Problematisch wurden die Finanzkrisen aber erst durch die Abschaffung des sogenannten „Trennbankensystems“. Dieses System sah vor, dass eine Bank immer nur entweder für die Realwirtschaft „oder“ den spekulativen Bereich

arbeiten und auch nur dort tätig sein dürfen. Dadurch konnten Banken kein Privatvermögen verspielen. Das war nur bei den Spekulationsbanken (Fonds) möglich. Und dieses System hat hinreichend funktioniert. Daher ist das alte Trennbankensystem umgehend wieder einzuführen, etwa auf europäischer Ebene. Praktisch würde man so vorgehen, dass man eine strikte Trennlinie zieht zwischen den Geschäftsbanken einerseits und den Schattenbanken andererseits, die selbst keinen Bankenstatus erhalten dürfen. Außerdem muss den Geschäftsbanken jegliche Spekulation mit Geschäftskapital strikt untersagt werden. Sie dürfen dann nur noch im unmittelbaren Auftrag von privaten Kunden tätig werden.

4. Die Ausbeutung der Entwicklungsländer geschieht durch das weltweite Wechselkursgefälle. Durch das Wechselkursgefälle entsteht ein Cash-Flow von den Entwicklungsländern in die Industrieländer. Diese Ausbeutung der Entwicklungsländer ist nicht länger hinzunehmen. Es ist hier einfach erforderlich, Ausgleichszahlungen der Industrieländer an die Entwicklungsländer zu organisieren, denn das Wechselkursgefälle lässt sich leider nicht abschaffen. Leider kann man einen solchen weltweiten Länderfinanzausgleich nach dem Föderalismusprinzip nur langfristig ins Auge fassen, denn aktuell dürfte das wohl unrealistisch sein. Aber man könnte einen solchen Länderfinanzausgleich schon einmal für Europa ins Auge fassen. Man könnte einen solchen Länderfinanzausgleich in Europa mit einer generellen Föderalismusreform verbinden, bis hinein in eine Neuordnung der europäischen Institutionen und der Verfassungsverträge.

5. Wir brauchen dringend eine weltweite, mindestens aber europaweite Transaktionssteuer auf alle geldlichen Transaktionen. Es kann einfach nicht sein, dass alle Börsengeschäfte praktisch steuerfrei sind. Eine Transaktionssteuer, wie bereits von der EU 2012 angedacht, würde diese Lücke schließen. Außerdem

ist dies wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, die Kluft zwischen Arm und Reich wieder etwas zu schließen, wenn das denn überhaupt möglich ist.

6. Wir stehen am Beginn der 4. Industriellen Revolution und damit am Beginn des 2. großen Maschinenzeitalters. Gewaltige technische Fortschritte stehen und bevor und der sich zwangsläufig irgendwann einstellende Rationalisierungseffekt wird Millionen von Arbeitsplätze kosten. Dem wird man nur mit dem Mittel der Arbeitszeitverkürzung begegnen können. Unsere Forderung kann daher mittelfristig nur lauten: Arbeitszeitverkürzung statt Lohnerhöhung, und zwar in Höhe des tatsächlichen Rationalisierungseffektes.

7. Da das Arbeitsprodukt in Zukunft zunehmend nur noch von Maschinen erwirtschaftet wird, sind auch zunehmend nur noch die Maschinen zu besteuern. Wir fordern daher mittelfristig eine Maschinensteuer auf alle Maschinen, Roboter und Androide.

8. Mittel- bis langfristig sollen alle sozialen Sicherungssysteme durch ein maschinensteuerfinanziertes BGE abgelöst werden. Kurzfristig sollte hingegen eine starke soziale Grundsicherung (BGS) eingeführt werden.

Für die Initiative: Joachim Stiller

Münster, 2013-2019